

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: INTERNATIONALE RECHERCHENBEHÖRDE

PCT

An:

siehe Formular PCT/ISA220 Mch P

rec. APR 18 2005

IP

time limit 19.10.05

SCHRIFTLICHER BESCHIED DER
INTERNATIONALEN
RECHERCHENBEHÖRDE
(Regel 43bis.1 PCT)

Absendedatum

(Tag/Monat/Jahr) siehe Formular PCT/ISA210 (Blatt 2)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts

siehe Formular PCT/ISA220 2003P.19294 WO

WEITERES VORGEHEN

siehe Punkt 2 unten

Internationales Aktenzeichen

PCT/EP2004/053226

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)

02.12.2004

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)

19.12.2003

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK

G07F19/00, G06F17/00, H04L29/06

Anmelder

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

1. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- ☒ Feld Nr. I Grundlage des Bescheids
- ☐ Feld Nr. II Priorität
- ☐ Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- ☐ Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- ☒ Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- ☐ Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen
- ☐ Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- ☐ Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

2. **WEITERES VORGEHEN**

Wird ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt, so gilt dieser Bescheid als schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ("IPEA"); dies trifft nicht zu, wenn der Anmelder eine andere Behörde als diese als IPEA wählt und die gewählte IPEA dem Internationalen Büro nach Regel 66.1bis b) mitgeteilt hat, daß schriftliche Bescheide dieser Internationalen Recherchenbehörde nicht anerkannt werden.

Wenn dieser Bescheid wie oben vorgesehen als schriftlicher Bescheid der IPEA gilt, so wird der Anmelder aufgefordert, bei der IPEA vor Ablauf von 3 Monaten ab dem Tag, an dem das Formblatt PCT/ISA220 abgesandt wurde oder vor Ablauf von 22 Monaten ab dem Prioritätsdatum, je nachdem, welche Frist später abläuft, eine schriftliche Stellungnahme und, wo dies angebracht ist, Änderungen einzureichen.

Weitere Optionen siehe Formblatt PCT/ISA220.

3. Nähere Einzelheiten siehe die Anmerkungen zu Formblatt PCT/ISA220.

Name und Postanschrift der mit der internationalen
Recherchenbehörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Apostolescu, R

Tel. +49 89 2399-7950



**SCHRIFTLICHER BESCHEID DER
INTERNATIONALEN RECHERCHEBEHÖRDE**

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/053226

Feld Nr. I Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Sprache** ist der Bescheid auf der Grundlage der internationalen Anmeldung in der Sprache erstellt worden, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
☐ Der Bescheid ist auf der Grundlage einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache erstellt worden, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (gemäß Regeln 12.3 und 23.1 b)).
2. Hinsichtlich der **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz**, die in der internationalen Anmeldung offenbart wurde und für die beanspruchte Erfindung erforderlich ist, ist der Bescheid auf folgender Grundlage erstellt worden:
 - a. Art des Materials
☐ Sequenzprotokoll
☐ Tabelle(n) zum Sequenzprotokoll
 - b. Form des Materials
☐ in schriftlicher Form
☐ in computerlesbarer Form
 - c. Zeitpunkt der Einreichung
☐ in der eingereichten internationalen Anmeldung enthalten
☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht
☐ bei der Behörde nachträglich für die Zwecke der Recherche eingereicht
3. ☐ Wurden mehr als eine Version oder Kopie eines Sequenzprotokolls und/oder einer dazugehörigen Tabelle eingereicht, so sind zusätzlich die erforderlichen Erklärungen, daß die Information in den nachgereichten oder zusätzlichen Kopien mit der Information in der Anmeldung in der eingereichten Fassung übereinstimmt bzw. nicht über sie hinausgeht, vorgelegt worden.
4. Zusätzliche Bemerkungen:

**SCHRIFTLICHER BESCHEID DER
INTERNATIONALEN RECHERCHEBEHÖRDE**

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/053226

**Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43*bis*.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der
erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur
Stützung dieser Feststellung**

1. Feststellung

Neuheit	Ja: Ansprüche 1-14 Nein: Ansprüche
Erfinderische Tätigkeit	Ja: Ansprüche Nein: Ansprüche 1-14
Gewerbliche Anwendbarkeit	Ja: Ansprüche: 1-14 Nein: Ansprüche:

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

- D1: US 2002/165783 A1 (GONTHIER JEAN-CHARLES ET AL) 7. November 2002 (2002-11-07)
- D2: EP-A-1 361 550 (SIEMENS AG) 12. November 2003 (2003-11-12)
- D3: EP-A-1 349 359 (SIEMENS AG) 1. Oktober 2003 (2003-10-01)
- D4: DE 100 25 565 A (SIEMENS AG) 6. September 2001 (2001-09-06)

1. Unabhängiger Anspruch 1.

Dokument D1 (vgl. insbes. Absätze 0019 - 0078) offenbart, gemäß den meisten Merkmalen des Anspruchs 1, eine Dienstvermittlungseinrichtung, die von einem Client eine Dienstanforderung empfängt (Abs. 0032-0037), daraufhin eine Authentifizierung durchführt und dem Client nach einer erfolgreichen Authentifizierung eine Reference auf einen Application Server zur Durchführung des angeforderten Dienstes mitteilt (Abs. 0024-0027; 0038-0044), von dem Application Server erstellte Vergebührungstickets empfängt, wobei die Tickets Informationen hinsichtlich der vor bzw. während der Dienstnutzung anfallenden Gebühren enthalten (Abs. 0056-0063), für das Ticket eine Gebührenregistrierungsaktion durchführt (0020-0022; 0075-0076).

Es ist für den Fachmann offenkundig, daß die bekannte Dienstvermittlungseinrichtung unter dem Nachteil leidet, daß, bevor sie eine Gebührenregistrierungsaktion bezüglich eines vom Client verwendeten Dienstes durchführt, nicht den Client anfragt, ob er tatsächlich den Dienst benutzt.

Die bekannte Dienstvermittlungseinrichtung hat daher das Problem, daß sie nicht eine zuverlässige Vergebührungsfunktion für die Clients bereitstellt.

Das Konzept einer Anordnung und eines Verfahrens zur Bestätigung eines Zahlungsvorgangs bezüglich eines in Anspruch genommenen Dienstes ist aus den Entgegenhaltungen D3 (vgl. insbes. Absätze 0027 - 0033) oder D4 (vgl. insbes. Spalte 3, Zeile 35 bis Spalte 4, Zeile 10) bereits bekannt. Z.B. in der Entgegenhaltung D3 sendet ein Gebührenrechner eine Informationsnachricht an ein Kommunikationsendgerät. Die Informationsnachricht enthält Informationen über anfallende Gebühren. Das Kommunikationsendgerät bestätigt durch eine Bestätigungsnachricht, daß es mit der Vergebührung einverstanden ist (Abs. 0029-0033). Daraufhin führt der Gebührenrechner eine Gebührenregistrierungsaktion durch (Abs. 0028). Durch die in der Entgegenhaltung D3 offenbarte Anordnung wird das Problem der Zuverlässigkeit der Vergebührungsfunktion gelöst.

Ausgehend von der allgemein bekannte Dienstvermittlungseinrichtung und definiert in D1, und unter Kenntnis von D3 wäre es dem Fachmann daher naheliegend die Lehre von D3 auf die Dienstvermittlungseinrichtung aus D1 mit entsprechender Wirkung zu übertragen, und somit zu einer zuverlässigen Dienstvermittlungseinrichtung gemäß dem Gegenstand des Anspruchs 1 zu gelangen.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 1 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33 (3) PCT).

2. Unabhängiger Anspruch 5.

Dokument D1 (vgl. insbes. Absätze 0019 - 0078) offenbart, gemäß den meisten Merkmalen des Anspruchs 5, ein Application Server, der von einem Client eine Dienstanforderung empfängt, wobei die Dienstanforderung eine Reference auf eine Dienstvermittlungseinrichtung enthält (Abs. 0051-0055), bezüglich des Dienstes Vergebührungs-Tickets erstellt und diese an die Dienstvermittlungseinrichtung sendet, wenn er den Service-Request annimmt, wobei die Tickets Informationen hinsichtlich der vor bzw. während der Durchführung des Dienstes für den Client fällig werdenden Gebühren enthalten, die Durchführung des Dienstes aufrechterhält (Abs. 0020; 0056-0073).

Die Unterschiede zwischen dem Application Server nach Anspruch 5 und dem bekannten Application Server sind, daß der Application Server von der Dienstvermittlungseinrichtung Mitteilungen darüber empfängt, ob die Tickets durch den Client bestätigt werden, und daß der Application Server die Durchführung des Dienstes aufrechterhält, solange die Tickets durch den Client positiv bestätigt sind.

Diese Unterschiedsmerkmale sind jedoch aus der Entgegenhaltung D3 (vgl. insbes. Absätze 0027 - 0033) bekannt, wobei ein Verbindungsknoten Mitteilungen von einem Gebührenrechner empfängt, ob ein Kommunikationsendgerät mit den anfallenden Gebühren einer Kommunikationsverbindung einverstanden ist (Abs. 0029-0030). Der Verbindungsknoten erhält die Kommunikationsverbindung aufrecht, solange das Kommunikationsendgerät eine positive Bestätigungsnachricht an den Gebührenrechner sendet (Abs. 0031-0033).

Der Gegenstand des Patentanspruchs 5 enthält somit lediglich eine Kombination bekannter oder naheliegender Maßnahmen, die jeweils in ihrer normalen Wirkungsweise verwendet werden. Eine über die zu erwartende Summenwirkung hinausgehende erfinderische Wechselwirkung in Form einer derartigen gegenseitigen wirkungsmäßigen Unterstützung, daß ein neuer technischer Effekt erreicht würde, tritt hierbei nicht auf.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 5 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33 (3) PCT).

3. Unabhängiger Anspruch 10.

Dokument D2 (vgl. insbes. Absätze 0015-0031; Anspruch 5) offenbart, gemäß den meisten Merkmalen des Anspruchs 10, ein Client, der an eine Dienstvermittlungseinrichtung eine Dienstanforderung stellt (Abs. 0015-0016), nach einer erfolgreichen Authentifizierung der Dienstanforderung von der Dienstvermittlungseinrichtung eine Reference auf den geforderten Dienst empfängt (Abs. 0016; 0020), anhand der genannten Reference eine Servicebeziehung zu einem Application Server des angeforderten Dienstes aufbaut (Abs. 0020-0022).

Die einzigen Unterschiede, die nicht explizit aus D2 zu entnehmen sind, zwischen dem Client nach Anspruch 10 und dem bekannten Client sind, daß gemäß Anspruch 10 der Client von der Dienstvermittlungseinrichtung Bestätigungsanfragen bezüglich des Dienstes fällig werdender Gebühren empfängt und diese Bestätigungsanfragen gegenüber der Dienstvermittlungseinrichtung verifiziert und beantwortet.

Diese Unterschiedsmerkmale sind jedoch aus der Entgegenhaltung D4 (vgl. insbes. Spalte 3, Zeile 35 bis Spalte 4, Zeile 10) bekannt, wobei ein Endgerät eine Zahlungsinformations-Nachricht von einer Zahlungsdaten-Verarbeitungseinheit bezüglich eines Dienstes fällig werdender Gebühren empfängt, diese Nachricht verifiziert und beantwortet.

Der Gegenstand des Patentanspruchs 10 enthält somit lediglich eine Kombination bekannter oder naheliegender Maßnahmen, die jeweils in ihrer normalen Wirkungsweise verwendet werden. Eine über die zu erwartende Summenwirkung hinausgehende erfinderische Wechselwirkung in Form einer derartigen gegenseitigen wirkungsmäßigen Unterstützung, daß ein neuer technischer Effekt erreicht würde, tritt hierbei nicht auf.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 10 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33 (3) PCT).

4. Unabhängiger Anspruch 13.

Dokument D1 (vgl. insbes. Absätze 0019 - 0078) offenbart, gemäß den meisten Merkmalen des Anspruchs 13, ein Verfahren zur Vergebührung eines Dienstes in einem Kommunikationsnetz, demgemäß von einem Client an eine Dienstvermittlungseinrichtung eine Dienstanforderung gestellt wird (Abs. 0032-0037), daraufhin mithilfe der Dienstvermittlungseinrichtung eine Authentifizierung durchgeführt wird (Abs. 0024-0027), wobei dem Client von der Dienstvermittlungseinrichtung nach einer erfolgreichen Authentifizierung eine Dienst-Reference auf den angeforderten Dienst mitgeteilt wird (Abs. 0038-0044), von dem Client dem Application Server eine Reference auf die Dienstvermittlungseinrichtung mitgeteilt wird (Abs. 0051-0055), von dem Application Server Tickets erstellt und an die Dienstvermittlungseinrichtung gesendet werden, wobei die Tickets Informationen hinsichtlich der vor bzw. während der Dienstnutzung anfallenden

Gebühren enthalten (Abs. 0056-0063).

Es ist für den Fachmann offenkundig, daß das bekannte Verfahren unter dem Nachteil leidet, daß, bevor eine Gebührenregistrierungsaktion bezüglich eines vom Client verwendeten Dienstes durchgeführt wird, nicht der Client angefragt wird, ob er tatsächlich den Dienst benutzt.

Das bekannte Verfahren hat daher das Problem, daß es nicht eine zuverlässige Vergebührungsfunktion für die Clients bereitstellt.

Das Konzept eines Verfahrens zur Bestätigung eines Zahlungsvorgangs bezüglich eines in Anspruch genommenen Dienstes ist aus den Entgegenhaltungen D3 (vgl. insbes. Absätze 0027 - 0033) oder D4 (vgl. insbes. Spalte 3, Zeile 35 bis Spalte 4, Zeile 10) bereits bekannt. Z.B. in der Entgegenhaltung D3 ein Gebührenrechner sendet eine Informationsnachricht an ein Kommunikationsendgerät. Die Informationsnachricht enthält Informationen über anfallende Gebühren. Das Kommunikationsendgerät bestätigt durch eine Bestätigungsnachricht, daß es mit der Vergebührung einverstanden ist (Abs. 0029-0033). Daraufhin führt der Gebührenrechner eine Gebührenregistrierungsaktion durch (Abs. 0028). Durch das in der Entgegenhaltung D3 offenbarte Verfahren wird das Problem der Zuverlässigkeit der Vergebührungsfunktion gelöst.

Ausgehend von dem allgemein bekannte Verfahren und definiert in D1, und unter Kenntnis von D3 wäre es dem Fachmann daher naheliegend die Lehre von D3 auf das Verfahren aus D1 mit entsprechender Wirkung zu übertragen, und somit zu einem Verfahren zur Vergebührung eines Dienstes gemäß dem Gegenstand des Anspruchs 13 zu gelangen.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 13 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33 (3) PCT).

5. Abhängige Ansprüche 2-4, 6-9, 11, 12 und 14.

Auch die in den abhängigen Ansprüche 2-4, 6-9, 11, 12 und 14 angegebenen Merkmale fügen dem Gegenstand der Ansprüche 1, 5, 10 bzw. 13 nichts Erfinderisches hinzu.

**SCHRIFTLICHER BESCHEID
DER INTERNATIONALEN
RECHERCHEBEHÖRDE (BEI BLATT)**

Internationales Aktenzeichen

PCT/EP2004/053226

Die abhängigen Ansprüche 2-4, 6-9, 11, 12 und 14 enthalten nur einfache Verfahrens- bzw. Konstruktionsmaßnahmen, die dem Fachmann geläufig sind. Diese Merkmale sind entweder aus dem vorgenannten Stand der Technik ableitbar (D3, Abs. 0028, 0032 und 0033 für die Ansprüche 2-4, 6, 9, 12, 14; D2, Abs. 0031, Anspruch 5 für den Anspruch 11) oder stellen nicht über normales Fachwissen hinausgehende Standardmaßnahmen dar.

Die abhängigen Ansprüche 2-4, 6-9, 11, 12 und 14 sind daher nicht erfinderisch (Artikel 33 (3) PCT).